



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 6
Dienstag, 2. Juli 2013
18:04 - 20:01 Uhr
Kantonsratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 13.08.2013

Vorsitz:	Daniel Schlatter	SP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Martin Egger Hansueli Scheck	FDP SVP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 34 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	Urs Tanner	SP
Anfang der Sitzung:	Edgar Zehnder	SVP

TRAKTANDEN

1	VdSR des Stadtrats vom 23. April 2013: Jahresrechnung 2012 der Stadt Schaffhausen	Seite 5
---	--	----------------

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

25.06.2013	Postulat Urs Tanner (SP), Thomas Hauser (FDP) und Edgar Zehnder (SVP): Standort Challenge-League-taugliches Fussballstadion, Konsultativabstimmung	
25.06.2013	VdSR Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats	SPK
19.06.2013	Motion Christa Flückiger/Patrik Simmler: Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau	
18.06.2013	Postulat Res Hauser: Taxiverordnung durchsetzen, ändern oder abschaffen	
15.05.2013	Postulat Nihat Tektas: Schaffhauser Stromerzeugung aus einer Hand	
07.05.2013	VdSR Bauabrechnung Sanierung der Bühl-Sportanlagen (Bau eines Kunstrasens)	GPK
30.04.2013	VdSR Bauabrechnung Sanierung und Erneuerung des Museums zu Allerheiligen	GPK
18.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung und Ersatzneubau QDZ Künzle-Heim	GPK
04.12.2012	VdSR Bauabrechnung Sanierung Eissportanlagen KSS	GPK
26.11.2012	VdSR Ergänzung zur Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Stadtrates	GPK
20.11.2012	VdSR Zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik	SPK
20.11.2012	VdSR Erweiterung Schulanlage Breite	FK Bau
25.09.2012	VdSR VBSH/RVSH: Ein Bus, ein Dach, ein Unternehmen	SPK
17.07.2012	Bericht des Stadtrates zur Motion Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen"	GPK

Kleine Anfragen 2013:

- Kleine Anfrage von Katrin Hauser-Lauber (FDP) vom 21. April 2013: Ist die Zukunft der Polizeiarbeit in unserer Altstadt rund um die Uhr ohne Mehrkosten für die Stadt gesichert?
- Kleine Anfrage von Diego Faccani (FDP) und Till Hardmeier (JFSH) vom 19. Mai 2013: Wie weiter mit der KSS? Mehr Mitsprache für die Stadt
- Kleine Anfrage von Christa Flückiger (SP) vom 31. Mai 2013 (Eingang: 14. Juni 2013): Schulraumplanung im Fokus bereits bestehender Neubauwohnungen und geplanten Wohnbauprojekten
- Kleine Anfrage von Beat Brunner (EDU) vom 5. Juni 2013 (Eingang: 10. Juni 2013): "Waldstadt-Überbauung" im Pantli
- Kleine Anfrage von Hermann Schlatter (SVP) vom 11. Juni 2013: Wohnraumentwicklung wie weiter?
- Kleine Anfrage von Nicole Herren (FDP) vom 12. Juni 2013 (Eingang: 18. Juni 2013): Aufgaben der Stadtbildkommission

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Bericht des Stadtrats vom 23. April 2013: Jahresrechnung 2012 der Stadt Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst den Bericht des Stadtrats der Stadt Schaffhausen vom 23. April 2013 an den Grossen Stadtrat zur Rechnung 2012 in der Schlussabstimmung mit 34:0 Stimmen wie folgt gut:

Die vorliegende Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird gemäss Art. 27 Abs. 1 lit. h der Stadtverfassung genehmigt.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Daniel Schlatter (SP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 6 vom 2. Juli 2013 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage von Nicole Herren, datiert mit 18. Juni 2013: Aufgaben der Stadtbildkommission
- Motion Christa Flückiger/Patrik Simmler, datiert 19. Juni 2013: Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau. Sie figuriert auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung.
- Postulat Res Hauser (JFSH), datiert 18. Juni 2013: Taxiverordnung durchsetzen, ändern oder abschaffen
- Postulat von Urs Tanner, Thomas Hauser und Edgar Zehnder vom 25. Juni 2013: Standort Challenge-League-taugliches Fussballstadion: Konsultativabstimmung
- VdSR vom 25. Juni 2013: Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats. Vorschlag des Büros zur Vorberatung: 11er SPK, einladende Fraktion FDP/JFSH. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- Schreiben des Stadtrates vom 25. Juni 2013: Finanzieller Beitrag an das private Projekt FCS Park, Rückzug der Vorlage des Stadtrates vom 6. März 2012. Da die Vorlage zurzeit bei der GPK sistiert und Eintreten noch nicht beschlossen ist, ist es richtig, dass der Stadtrat die Vorlage zurückzieht. Mit diesem Vorgehen kann der Stadtrat weitere Möglichkeiten prüfen und zu gegebener Zeit eine neue, eventuell glücklichere Vorlage dem Parlament vorlegen. Diese Vorlage wird auf der Traktandenliste "Übrige pendente Geschäfte" des Grossen Stadtrats gestrichen.

Information des Finanzreferenten:

"Damit es in Zukunft nicht mehr zweierlei Gattungen von Parlamentariern gibt - nämlich diejenigen, die hier vorne sitzen und einen Internetanschluss haben, während diejenigen im Saal über keinen Anschluss verfügen - hat die KSD zurzeit auf meinen Wunsch einen WLAN-Testbetrieb installiert. Aus meiner Erfahrung als Mitglied des Kantonsrats weiss ich, wie unangenehm es ist, wenn man etwas im Internet überprüfen oder suchen möchte, aber der entsprechende Netzwerkanschluss nicht vorhanden ist. Bei Markus Brütsch steht heute Abend ein kleiner Thermodrucker für den benötigten Zugangscod. Sie können sich über das Netzwerk *Rathauslaube* für eine bestimmte Zeit ins Internet einloggen. Sobald die KSD eine fixe Installation einrichtet, entfallen die vielen Pop-ups, die Sie zurzeit einfach bestätigen müssen. "

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 5 vom 18. Juni 2013 wurde vom Büro noch nicht geprüft und genehmigt. Es wird an der nächsten Ratssitzung zur Einsichtnahme bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch aufliegen.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit gilt sie als genehmigt.

Persönliche Erklärung von Walter Hotz (SVP):

„Ich melde mich nicht zur Traktandenliste, sondern zu den Protokollen. Es hat in letzter Zeit „eingerissen“, dass die Protokolle nicht mehr fristgerecht zur Verfügung stehen. Ich möchte das Büro an Art. 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats erinnern, in dem Sie nachlesen können, dass das Protokoll der vergangenen Sitzung während der nächsten Sitzung beim Ratssekretariat aufliegt.“

**Traktandum 1 VdSR des Stadtrats vom 23. April 2012: Jahresrechnung
2012 der Stadt Schaffhausen****Peter Möller (SP)****Bericht Geschäftsprüfungskommission**

„Erlauben Sie mir eine Bemerkung zur Wortmeldung von Walter Hotz: Es ist nun einmal so, dass wir genau in dieser Zeit die Rechnung in der GPK behandelt haben, was für das Ratssekretariat relativ viel Arbeit gab. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, wenn die Protokolle des Grossen Stadtrats allenfalls nicht so schnell verfügbar waren. Wir von der GPK waren froh, dass unsere Protokolle möglichst schnell angefertigt wurden.“

Ich freue mich, Sie über die Behandlung der Stadtrechnung in der GPK zu informieren. Bereits mein Vorgänger Walter Hotz hat anlässlich der letzten Rechnungsdebatte prophezeit, dass der schon damals vorhandene Druck auf die öffentlichen Haushalte nicht nachlassen werde, und er hat recht behalten. Dies muss ich selten zugeben bei Walter Hotz, aber diesmal stimmt es. Unter diesen Umständen kann der vorliegende Rechnungsabschluss, insbesondere auch im Vergleich zu dem des Kantons, noch als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Einig war sich die GPK darüber, dass es wohl dann beim nächsten Budget eher zähere politische Auseinandersetzungen geben wird, und man sich dort über Grundsatzfragen unterhalten muss.

Aber zunächst zu den Zahlen im Überblick:

Im Vergleich zum Budget konnten Mehreinnahmen von rund einer Million bei Minderausgaben von rund CHF 0.7 Mio. erreicht werden, was dazu führt, dass die Rechnung um CHF 1.7 Mio. positiver ausfällt als budgetiert und mit einer schwarzen Null von rund CHF 360'000.-- Ertragsüberschuss abschliesst; dies bei Gesamtausgaben in der Laufenden Rechnung von rund CHF 227.8 Mio. und Gesamteinnahmen von rund CHF 228.2 Mio. Dieser positive Abschluss - und dies ist der Wermutstropfen - ist, wie schon im Vorjahr, vor allem auf Sonderfaktoren zurückzuführen. So führte die Verschiebung von Liegenschaften aus dem Verwaltungs- ins Finanzvermögen zu unerwarteten Buchgewinnen in der Grössenordnung von CHF 8.1 Mio. Ohne diese Buchgewinne, sähe die Rechnung um einiges düsterer aus. Hinsichtlich der Gesamtübersicht und der Detailzahlen verweise ich Sie gerne auf die Ihnen zugestellten schriftlichen Unterlagen, über die Sie Finanzreferent Peter Neukomm noch im Detail informieren wird.

Erfreulich ist die grosse Budgettreue, welche die städtische Verwaltung im letzten Jahr an den Tag gelegt hat. In allen Bereichen, die durch die Stadt beeinflussbar sind, konnte das Budget im Wesentlichen eingehalten oder gar unterschritten werden.

Auffallend und besorgniserregend ist aber der Rückgang der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Es ist nicht davon auszugehen, dass in nächster Zeit eine

Trendwende eintreten wird; die Situation wird sich wohl eher verschlimmern. In diesem Zusammenhang werden grosse Probleme auf die Stadt und wohl auch auf den Kanton zukommen. Dabei kann die Stadt ausser über den Steuerfuss kaum Einfluss nehmen, da die Steuergesetzgebung Sache des Kantons ist. Auf der Ausgabenseite erfordern die Entwicklung der Verbilligung der Krankenkassenbeiträge, der Ausgaben für Unterstützungen der Sozialhilfe und der Kosten für die Altersbetreuung und -pflege ständiger Aufmerksamkeit. Dies, obwohl sie von der Stadt nicht beeinflussbar sind. Immerhin können wir aus Stadtsicht dem Kantonsrat danken, dass er gestern die im Rahmen von ESH3 geplante Reduktion des Kantonsbeitrags gemäss Altersbetreuungs- und Pflegegesetz abgelehnt hat.

Nachdenklich muss auch stimmen, dass, obwohl die Stadt im Jahr 2012 wie eigentlich schon seit Jahren äusserst zurückhaltend in den Unterhalt investiert hat, die Investitionen nur ungenügend aus eigener Kraft finanziert werden können.

Die GPK ist am 29. April 2013 mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf die Rechnung 2012 eingetreten. Wie üblich wurden zwei Gruppen gebildet, die je einen Fragenkatalog zuhanden des Stadtrats zusammenstellten. Der Tradition entsprechend gehörte der Sprechende beiden Gruppen an.

Am 5. Juni 2013 fand die erste Sitzung hinsichtlich Beantwortung der gestellten Fragen statt. Dabei konnte bereits ein grosser Teil der aufgeworfenen Fragen durch Stadtrat Peter Neukomm, Ralph Kolb, Zentralverwalter, und Patrik Eichkorn, Leiter Finanzkontrolle, beantwortet werden.

Die sogenannte Elefantenrunde wurde am 19. Juni 2013 durchgeführt. Die noch offenen Fragen konnten durch Stadtrat Peter Neukomm, den Stadtpräsidenten und die übrigen Stadträte, Ralph Kolb und Patrik Eichkorn zu unserer Zufriedenheit geklärt werden, weshalb die GPK gleichentags dem Antrag des Stadtrats in der Schlussabstimmung mit 7:0 Stimmen einstimmig folgen konnte.

Bei der Behandlung der Rechnung in der GPK sind uns Schnittstellen aufgefallen, die noch ihrer Bereinigung harren. Einerseits geht es um die Rechnung des Kläranlageverbandes Seite 252 bis 290 der Rechnung. Der Kläranlageverband hat eine eigene Rechtspersönlichkeit, seine Rechnung wird von der Finanzkontrolle revidiert; er verfügt über eine eigene Rechnungsprüfungskommission, in welcher auch zwei Mitglieder der GPK Einsitz haben. Es stellt sich hier die Frage, in welchem Umfang die Rechnung und das Budget des Kläranlageverbandes überhaupt Thema für die städtische GPK sein können oder müssen. Eine ähnliche Frage stellt sich bei den städtischen Werken. Dort haben wir eine Verwaltungskommission, welche Rechnung und Budget berät und in der vier Mitglieder des Grossen Stadtrates sind. Auch hier stellt sich die Frage, in welchem Rahmen die städtische GPK noch Überprüfungspflichten hat. Beide Themenbereiche möchte die GPK bis zur Behandlung des Budgets 2014 klären und sich damit allenfalls auch entlasten. Doppelspurigkeiten sollten ja nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Politik nach Möglichkeit abgebaut werden.

Kein Thema in der Rechnungsdebatte waren die Ihnen allen bekannten Kostenüberschreitungen bei den Bauten Künzle-Heim, KSS, Museum und auch bei der KBA Hard. Was die Bauabrechnungen Künzle-Heim, KSS und Museum betrifft, so wird sich die GPK im Rahmen der Behandlung der separaten Vorlagen bereits kommenden Donnerstag darüber unterhalten. Zentrales Thema ist in diesem Zusammenhang nicht nur die Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern

insbesondere die Prüfung von Massnahmen für die Zukunft, damit böse Überraschungen inskünftig vermieden werden können.

Um die Entwicklung beim Umbau der KBA Hard wird sich der Kläranlageverband kümmern müssen. Selbstverständlich wird aber auch die GPK, und damit der Grosse Stadtrat, über ihre Mitglieder in der Rechnungsprüfungskommission und wohl auch durch den Stadtrat über die Sache informiert werden, schliesslich ist Schaffhausen die grösste Verbandsgemeinde.

Am 6. Juni 2013 erhielt ich noch das Schreiben der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen mit Datum, dessen wichtigsten Inhalt ich wie folgt zitiere:

Die Finanzkontrolle führt gegenwärtig die Prüfung der Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde Schaffhausen durch. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind Prüfungshandlungen in den folgenden Bereichen erfolgt:

- *Bericht 2012*
- *Gesamtergebnis Verwaltungsrechnung 2012*
- *Sachgruppenstatistik 2012*
- *Spezialfinanzierungen 2012*
- *Städtische Fonds 2012*

Im Weiteren haben wir analytische Prüfungshandlungen sowie Konsistenzprüfungen über die ganze Jahresrechnung 2012 (Bestandesrechnung, Laufende Rechnung, Investitionsrechnung sowie Verpflichtungskreditkontrolle) durchgeführt.

Ferner konnten folgende separate Buchhaltungen (Spezialverwaltungen) beziehungsweise Spezialgebiete bis zum jetzigen Zeitpunkt geprüft werden:

- *Verkehrsbetriebe 2012 (exkl. der noch ausstehenden Revision der Linienerfolgsrechnung 1 und 6 - Aufteilung der Kosten-/ und Ertragsanteile der Gemeinden Schaffhausen - Neuhausen am Rheinfall).*
- *Stiftung Impuls 2012*
- *Kläranlageverband Schaffhausen, Neuhausen am Rheinfall, Feuerthalen und Flurlingen 2012 (ARA Röti, KBA Hard, MKD Pflumm)*
- *Sozialhilfe*

Bei den Spezialgebieten ergibt sich folgendes Bild:

- *Die Jahresrechnung 2012 der KSD, Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung wird planmässig im Juni 2013 geprüft*
- *Der Holzschnitzelbetrieb wird im 2-Jahresintervall geprüft. Die Revision der Jahre 2011 und 2012 wird mit entsprechender Berichterstattung im 3. Quartal 2013 erfolgen.*

Noch ausstehend sind die Detailprüfungen zu den Bestandeskonti, welche noch nicht im Zuge der vorerwähnten Prüfungsfelder bearbeitet worden sind. Die Laufende Rechnung wird einerseits zeitgleich im Zuge der jeweilig zusammenhängenden Bestandeskonti, andererseits auf Basis einer Wesentlichkeitsfestlegung revidiert. Diese Prüfungen werden planmässig während des 2. und 3. Quartals 2013 durchgeführt.

Zum augenblicklichen Zeitpunkt unserer Prüfungstätigkeit gibt es keine Einwände

gegen eine Abnahme der Jahresrechnung 2012 der Stadt Schaffhausen durch den Grossen Stadtrat. Nach Fertigstellung der Revisionsberichte und deren Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission jeweils eine Kopie der Berichte zugestellt. Analog zum Vorjahresbericht erläutern wir unsere Feststellung gerne im Zuge der entsprechenden GPK-Sitzung.

Finanzkontrolle von Stadt und Kanton

Patrik Eichkorn

Pascal Bayard

Leiter Finanzkontrolle

Leitender Revisor

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, im Besonderen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen für ihre im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Herzlichen Dank auch dem Finanzreferenten Peter Neukomm für das grosse Vertrauen in die GPK-Mitglieder und für die stets offene und respektvolle Kommunikation. Danken möchte ich ausserdem Stadtpräsident Thomas Feuerer und den Stadträten Urs Hunziker, Dr. Raphaël Rohner und Simon Stocker für die Fragenbeantwortung sowie ihre geleistete Arbeit. In den Dank für die geleistete Arbeit schliesse ich selbstverständlich auch die ausgeschiedenen Mitglieder des Stadtrates, Jeanette Storrer und Peter Kämpfer, mit ein, welche im Rechnungsjahr ja noch im Amt waren. Speziell danke ich meiner Kollegin und meinen Kollegen der GPK und unserer Ratssekretärin Gaby Behring für die gute Zusammenarbeit.

Treten Sie auf die Jahresrechnung 2012 vom 23. April 2013 ein und stimmen Sie dem Antrag gemäss Seite XLVIII der Jahresrechnung 2012 der Stadt Schaffhausen zu.

Fraktionserklärung SP/Juso:

Auch die SP/Juso-Fraktion freut sich über den noch einmal ausgeglichenen Rechnungsabschluss und wird auf die Rechnung eintreten und dem Antrag zustimmen. Selbstverständlich schliesst sich auch unsere Fraktion dem Dank an die Mitarbeitenden der Stadt und an den Stadtrat an. Zur Rechnung selbst gibt es aus unserer Sicht nicht allzu viel zu sagen, jedoch einige Schlussfolgerungen zu ziehen, respektive einen Ausblick auf die kommenden Budgetverhandlungen zu machen, dazu aber später mehr. Das Geld ist ausgegeben, und es wurde - soweit möglich - budgetgetreu ausgegeben. Doch wieder haben wir eine Stadtrechnung, die nur dank Sonderfaktoren positiv abschliesst. Dies erscheint uns bedenklich und gibt Grund zur Sorge.

Wir merken es dem Resultat der Jahresrechnung an, das wirtschaftliche Klima ist härter geworden. Wurde in früheren Jahren die Steuerpolitik des Kantons gegenüber Unternehmen dank guten Geschäftsgängen übertüncht, tritt nun deutlich zu Tage, dass die Steuerdumpingpolitik in Konkurrenz zu anderen Kantonen letztendlich gescheitert ist und eine ruinöse Entwicklung eingeleitet hat. Die Einnahmen brechen weg, dies merkt Stadt und noch schmerzlicher der Kanton deutlich. Dabei geht es nicht nur dem Kanton Schaffhausen so, auch andere Kantone leiden heute unter dieser verfehlten Steuerpolitik. Auswirkungen auf kantonaler Ebene sind Kürzungen im ganzen Bereich des Service publics. Leistungen werden verteuert, Beiträge gekürzt. Eine Folge hiervon ist, dass die Preise für den öffentlichen Verkehr in der Stadt steigen werden, und wir als Stadt kaum mehr etwas dazu zu sagen haben. Dies eine Folge, dass wir auf unsere städtische Tarifautonomie verzichtet haben, was ich nachträglich zu bedauern beginne. Ob im Rahmen des Budgets 2014 ein städtischer Beitrag für Tarifentlastungen möglich ist, wage ich angesichts der

finanziellen Ausgangslage zu bezweifeln.

Nun, auch für die Stadt Schaffhausen müssen wir uns den weiteren Weg überlegen. Wie kann und soll die Stadt sparen, wie kann sie zusätzliche Mittel erhältlich machen. Bereits seit einiger Zeit wird der Unterhalt der städtischen Infrastruktur sträflich vernachlässigt. Es besteht ein Berg von aufgeschobenem Unterhalt. Weitere Einsparungen sind hier nicht mehr möglich. Der Verkauf von Liegenschaften ist - dies muss klar festgestellt werden - keine Alternative. Das wäre eine reine Pflasterlipolitik und keineswegs nachhaltig, denn irgendwann hat die Stadt kein Tafelsilber mehr, das auf dem Markt noch etwas wert ist. Zudem hat die letzte Abstimmung gezeigt, dass die Bevölkerung diesen Weg nicht einschlagen will. Ein Abbau des übrigen Service publics, wie zum Beispiel Verknappung der Mittel für die Kultur, Einsparungen im ökologischen Bereich, Abbau der ausserfamiliären Kinderbetreuung, also in Bereichen, welche unsere Stadt auszeichnen und tausendmal mehr zur Attraktivität dieses Wohnortes beitragen wie die Steuerfusshöhe, ist mit uns nicht machbar. Sicher können wir auch Hand bieten zu gewissen Einsparungen, doch ist der Kernbereich dessen, was unsere Stadt ausmacht, tabu; zudem ist in diesem Bereich vom Stadtrat bereits viel unternommen worden. Ob hier noch wesentliche Mittel freigemacht werden können, wage ich zu bezweifeln - ausser man wolle die Stadt schwächen und blutlos machen oder kurz gesagt, kaputt sparen. Aus Sicht der SP/Juso-Fraktion wird wohl kein Weg an einer Steuerfusserhöhung vorbeiführen. Es sei hier einfach in Erinnerung gerufen, Steuerfüsse können nicht nur sinken, sie müssen auch steigen, falls dies notwendig ist. Über die Grössenordnung wird man sich noch unterhalten müssen, doch diese Diskussion steht uns im Hinblick auf die Budgetberatungen im Herbst bevor.

Abschliessend möchte ich nochmals allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz im letzten Jahr danken. Die SP/Juso-Fraktion tritt auf die Rechnung ein, wird sich allenfalls noch mit Fragen melden und dem Antrag auf Abnahme der Rechnung zustimmen. “

Daniel Preisig (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die SVP/EDU-Fraktion ist beunruhigt über die katastrophale Situation der Stadtfinanzen. Das Ergebnis ohne Sondereffekte zeigt ein Defizit von rund CHF 5.5 Mio. und grosse strukturelle Probleme, was es uns für die Zukunft nicht einfacher machen wird.

Warum kommen wir auf CHF 5.5 Mio. und nicht auf CHF 6.4, wie im Bericht des Stadtrates erwähnt? Im Budget waren für Buchgewinne bei Verkäufen CHF 3 Mio. budgetiert (siehe Seite 50 der Rechnung). Effektiv wurden Buchgewinne aus Verkäufen im Umfang von rund CHF 950'000.-- erzielt, so durch den Verkauf des dritten Obergeschosses der Kammgarn an die IVC sowie durch die Veräusserung einer Parzelle an der Spitalstrasse an die SBB. Ausserordentlich waren lediglich die Aufwertungsgewinne Marienstift und Rheinschulhaus im Umfang von CHF 8.05 Mio.

Doch zurück zu den strukturellen Problemen der Stadtfinanzen: Das Hauptproblem ist ganz klar das ungebremste Ausgabenwachstum. In den letzten fünf Jahren sind die Ausgaben um fast 10%, also rund CHF 20 Mio., angestiegen. 10% in nur fünf Jahren, das ist alarmierend. Gleichzeitig stagnieren die Einnahmen wegen einer konjunkturellen Flaute und dem verschärften Wettbewerb bei der Besteuerung von internationalen Unternehmen. Finanzpolitisch sind dunkle Wolken über dem Munot aufgezogen, und eines ist klar: Wir werden bei der Budgetdebatte gefordert sein.

Eine Steuererhöhung darf aus unserer Sicht erst als letzte Möglichkeit in Erwägung gezogen werden, und zwar erst dann, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Und da gibt es durchaus noch Potenzial, wie die Analyse der Rechnung klar zeigt.

Die Prüfung der Rechnung bietet immer auch die Gelegenheit, eine Standortbestimmung vorzunehmen. Jetzt können wir die aktuellen Probleme im Detail identifizieren und analysieren, so dass für die Zukunft entsprechende Verbesserungen gemacht werden können. Lassen Sie mich die für uns wichtigsten zehn Problemfelder und Kostentreiber genauer ausleuchten:

Kostentreiber 1: Soziale Wohlfahrt

Die Kostenexplosion in diesem Bereich ist teilweise durch übergeordnetes Recht vorgegeben (beispielsweise bei der Krankenkassenprämienverbilligung und bei der Sozialhilfe). Zu einem anderen Teil – und hier müssten wir ansetzen – ist dies aber auch selbstverschuldet. Schaffhausen ist mit seinen hohen Steuern und tiefen Wohnungspreisen weiterhin für die völlig falsche Zielgruppe attraktiv. Wir befinden uns in einer Negativspirale.

Kostentreiber 2: Spitex-Verstaatlichung, massiver Verwaltungsoverhead

In der städtischen Spitex sind nur die Hälfte der geleisteten Stunden produktiv. Mit anderen Worten: Der Anteil verrechenbarer Stunden ist bei der städtischen Spitex auf sehr niedrigen 50.4%, was im kantonalen Vergleich sehr schlecht ist. Der Stadtrat begründete dies in der GPK mit der Nicht-Verrechenbarkeit von Fahrzeiten, keinem Anteil an Ehrenarbeit und Aufwänden für die Lehrlingsausbildung. Verlässliche Vergleichszahlen dazu gibt es aber keine, ein Benchmark wäre aber in diesem kostenintensiven Bereich dringend nötig.

Kostentreiber 3: Ungenügende Führung des Stadtrates bei der Schaffung neuer Stellen

Lassen Sie mich dies mit folgenden Beispielen illustrieren: Beim Künzle-Heim haben wir es mit einer Personalexplosion zu tun: Allein im Pflegebereich wurden zusätzlich 7.7 Stellen geschaffen; im Bereich Hauswirtschaft und Verpflegung wurden zusätzliche Stellen im Umfang von rund CHF 300'000.-- aufgebaut, so dass die Personalkosten insgesamt um rund CHF 900'000.-- über Budget liegen.

Als zweites Beispiel sei die zusätzliche Assistenz-Stelle Stadtbaumeister erwähnt. Drittes, erstaunliches Beispiel: Obwohl die Tiefbauamtswerkstatt ausgelagert wurde, ist wieder eine neue Teilstelle von 15% geschaffen worden. Diese Person ist offensichtlich für das Pneu pumpen und für das Nachfüllen von Kühlwasser verantwortlich. Meine Herren Stadträte, sind das nicht Tätigkeiten, für welche schlicht der Fahrzeugführer die Verantwortung trägt?

Kostentreiber 4: Teure, aber wirkungslose Öko-Projekte

Wir geben viel zu viel Geld aus für teure Öko-Projekte und Öko-Subventionen und bilden uns ein, die Welt zu retten, aber in Wirklichkeit bewirken wir damit praktisch nichts. Die Ökologie nimmt in unserer Stadt fast religiöse Züge an, kritische Fragen und eine angemessene Kostenkontrolle sind schon fast Gotteslästerung. Ich möchte es nicht unterlassen zu erwähnen, dass wir in der Stadtökologie zweifelsfrei einen sehr guten Mann haben, der sich mit vollem Engagement und viel Talent für seine Aufgabe einsetzt. Nur eine Frage sei erlaubt: Bringen diese Aktivitäten am Ende des Tages wirklich etwas? Welchen konkreten Nutzen haben wir zum Beispiel vom Label „Energistadt“? Was bringt es uns, wenn die Wirtschaftsförderung der chinesischen

Regierung von der Energiestadt erzählt? Lohnt sich der ganze Aufwand, nur damit in China ein Zeitungsartikel mit einem Bildchen unseres Stadtpräsidenten abgedruckt wird?

Kostentreiber 5: Überbordende Marketing-Ausgaben bei städtischen Monopolunternehmen

Monopolunternehmen wie die Städtischen Werke und die Verkehrsbetriebe geben nach wie vor unangemessen viel Geld für Marketing und Vertrieb aus. Erschwerend hinzu kommt, dass der Stadtrat gegenüber der GPK und dem Parlament nicht die notwendige Transparenz schafft, sondern die Ausrede präsentiert, die GPK sei nicht zuständig. Bis heute blieb die Frage, wie viel die beiden Unternehmen wirklich für Marketing und Vertrieb ausgeben, weitgehend unbeantwortet.

Kostentreiber 6: Unkontrolliert steigende Kosten für Kinderkrippen

Dass mit dem Kinderkrippen-Reglement das kostenhemmende Instrument der Referendumsabstimmung ausgeschaltet wurde, rächt sich heute mit voller Wucht: Die Subventionierung der gewerblichen Fremdbetreuung ist nicht nur unfair, sondern vor allem auch ein Kostenproblem! In diesem Bereich wachsen die Kosten Jahr für Jahr ungebremst. Aktuell sind es netto CHF 3.275 Mio. jährlich.

Kostentreiber 7: Ungerechtfertigte Subventionierungen von Schrebergärten

Nach wie vor nicht zufrieden sind wir mit den Kostendeckungsgrad der Verpachtung von Schrebergärten. Auch nach den Tarifanpassungen des SLA sind die Miettarife so tief, dass sie nicht einmal die laufenden Kosten der Stadtgärtnerei decken. Das Land und die Investitionen werden schon gar nicht in die Kostenrechnung mit einbezogen. Begründet wird die Subventionierung vom Stadtrat mit deren integrativen Wirkung. Trotzdem: Es ist doch irritierend, dass die Stadt bei Weidlingspfosten derart zugreift und bei Schrebergärten den Leuten das Geld hinterherwirft.

Kostentreiber 8: Ungenügendes Projektmanagement und Projektcontrolling

Zahlreiche Bauprojekte zeigen massive Kostenüberschreitungen und Terminverzögerungen. Denken Sie nur an das Künzle-Heim, die Eishalle, die KBA-Hard oder das Museum. Bei den Beratungen in der GPK hat sich gezeigt, dass im Projekt-Controlling massive Probleme bestehen. Genaueres werden Sie bei den Beratungen der Bauabrechnungen erfahren; der GPK-Präsident hat bereits darauf hingewiesen. Und wir sind froh, dass der neue Baureferent Dr. Raphaël Rohner auch bereits vielversprechende Massnahmen eingeleitet hat.

Kostentreiber 9: Projektitis und fehlende Projektrentabilitätsrechnung

Bei KSD-Projekten, aber auch im Baureferat wurden offenbar Projekte gestartet, obwohl dem Aufwand gar kein ausreichend quantifizierter Nutzen gegenübersteht. Bei eGovernment-Projekten der KSD wird man ohnehin den Eindruck nicht los, dass Projekte nur darum gemacht werden, um in der Öffentlichkeit modern dazustehen, und nicht, weil damit effektiv eine Effizienzverbesserung der Verwaltungsabläufe erzielt werden kann.

Anderes Beispiel für Projektitis: Die Auslagerung der Werkstatt des Tiefbauamts hat – unter Berücksichtigung des alten Gebäudes an der Hochstrasse, das jetzt als Garage benutzt wird – keine Kostensenkung, sondern eine Erhöhung von CHF 80'000.-- gebracht. Auch in diesem konkreten Fall begrüßen wir die bereits eingeleiteten Massnahmen im Baureferat und hoffen, dass der Stadtrat für die Zukunft etwas daraus gelernt hat.

Kostentreiber 10: Mangelnde Transparenz bei Betrieben und WoV-Dienststellen

Fragen zu den Städtischen Werken und den Verkehrsbetrieben wurden vom zuständigen Referenten leider nur teilweise beziehungsweise inhaltlich sehr unbefriedigend beantwortet. Der Stadtrat versteckt sich hinter der Ausrede, die GPK und das Parlament seien nicht zuständig. Eine ähnliche Situation zeigt sich bei dem WoV-Betrieb KSD. Die GPK hat Christian Schneider den Auftrag erteilt, die Zuständigkeit zu prüfen und der GPK einen Bericht zu erstatten.

Aus Sicht der SVP/EDU-Fraktion ist dies ein unhaltbarer Zustand: Der Grosse Stadtrat und somit auch die GPK sind und bleiben verantwortlich für die Oberaufsicht aller städtischen Geschäfte. Deshalb müssen auch die Informationen zu diesen Bereichen transparent gemacht werden. Kontrolle ohne Transparenz ist schlichtweg nicht möglich und auch entsprechend gefährlich. Nur die Tatsache, dass wie bei WoV eine andere Budgetierungsform gewählt oder wie bei der VBSh und den Städtischen Werken eine zusätzliche Verwaltungskommission dazwischen geschaltet wurde, befreit weder den Stadtrat noch den Grossen Stadtrat von deren Aufsichtsverantwortung.

Lassen Sie mich auch noch die Einnahmeseite betrachten:

Zuerst möchte ich mit dem Märchen aufräumen, dass Steuersenkungen oder Steuerdumping die Ursache für unsere Misere sind. Die Zahlen widerlegen das ganz klar. Es sind nicht Steuersenkungen, die uns in diese ungemütliche Situation geführt haben, sondern ganz eindeutig und klar die verschwenderische Ausgabenpolitik der letzten Jahre, kombiniert mit einem härteren und globalen Wettbewerb bei der Unternehmensbesteuerung.

Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen stagnieren bei einem Gesamtvolumen von rund CHF 92 Mio. und liegen um knapp CHF 400'000.-- unter dem Vorjahreseingang. Interessant ist Folgendes: Obwohl ein bescheidener Zuzug von Einwohnern im 2012 stattfand, hat sich dieser nicht spürbar auf die Steuereinnahmen niedergeschlagen. Hier zeigt sich, dass Zuwanderung eben nicht in jedem Fall auch eine Verbesserung der Finanzen bedeutet. Nur qualitativ gute steuerkräftige Zuzüger leisten einen Beitrag zum Steuersubstrat, und diese kommen natürlich nur, solange wir steuerlich attraktiv sind und den entsprechenden Wohnraum für diese Klientel auch anbieten können. Im Klartext: Das Anlocken von Sozialfällen ist finanztechnisch keine besonders erfolgreiche Strategie.

Trister sieht es bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen aus, sie liegen mit CHF 1.2 Mio. unter dem Vorjahreswert, oder CHF 4.1 Mio. unter Budget. Statt den Einbruch der Unternehmenssteuern zu beklagen (wie dies Linke und Stadtrat tun), sollten wir uns besser auf die neue Situation einrichten. Unternehmenssteuerpolitik wird schon lange nicht mehr in diesem Saal gemacht. Bei den Unternehmenssteuern stehen wir im internationalen Wettbewerb. Man braucht kein Hellseher zu sein, um dies zu beurteilen: Die Unternehmenssteuern werden – ob wir das wollen oder nicht – über kurz oder lang abgeschafft. Es bleibt uns die Flucht nach vorn. Was wir tun können, ist, uns mit attraktivem Wohnraum darum zu bemühen, dass die Einkommenssteuern der Mitarbeiter von neu angesiedelten internationalen Firmen bei uns anfallen. Hier haben wir noch viel Potenzial: Denn leider ist es heute so, dass jeder zweite dieser Zielgruppe nicht in unserem Kanton wohnen will, und das trotz International School. Was uns eindeutig fehlt, ist der entsprechende Wohnraum für gehobene Ansprüche.

Zum Schluss bleibt mir, Ralph Kolb und seinem Team, Patrik Eichkorn und dem

Stadtrat für die Beantwortung unserer nicht immer ganz einfachen Fragen herzlich zu danken. Auch Peter Möller möchte ich danken für seine umsichtige Sitzungsleitung und Gaby Behring für die Protokollierung. Die SVP/EDU-Fraktion wird auf die Rechnung 2012 eintreten und ihr in der vorliegenden Form auch zustimmen.“

Leonardo Pivetta (AL)

AL-Fraktionserklärung

„Die Jahresrechnung 2012 präsentiert sich mit einem Ertragsüberschuss von CHF 4 Mio., welcher einerseits durch buchhalterische Neubewertungen von Liegenschaften und andererseits durch ausserordentliche Abschreibungen auf den städtischen Beteiligungsanteilen der KSS Genossenschaft realisiert wurde. Ohne diese Sondereffekte würde die Rechnung einen Aufwandüberschuss von stolzen CHF 6.4 Mio. aufweisen. Es wäre jedoch nicht fair, die Schuld für dieses schlechte Ergebnis dem Stadtrat oder der Verwaltung in die Schuhe zu schieben. Diese überzeugen mit einer grossen Budgetgenauigkeit sowie einer hohen Budgetdisziplin. Einem budgetierten Aufwand von CHF 228.5 Mio. steht ein effektiver Aufwand von lediglich CHF 227.8 Mio. gegenüber. Die Abweichung von - 0.3% ist beeindruckend und darf an dieser Stelle gewürdigt werden. Auffallend ist auch das Minus von 3% beim Personalaufwand, was ganzen CHF 3 Mio. entspricht. Zur Ausgabenseite möchte ich mich an dieser Stelle nicht weiter äussern, da diese bereits an unseren GPK-Sitzungen intensiv durchleuchtet wurde. Ich bin aber überzeugt, dass im Verlauf der heutigen Sitzung von Ihnen noch einige und hoffentlich auch interessante Fragen gestellt werden.

Eines möchte ich aber unseren bürgerlichen Ratskollegen und Kolleginnen noch gesagt haben: Sie müssen sich bewusst sein, dass 45% der Aufwendungen Personalkosten sind. Das heisst, dass, wenn Sie künftig eine substanzielle Entlastung des Budgets respektive der Rechnung wünschen, Sie hier die Sparschraube ansetzen müssen. Walter Hotz als damaliger Präsident der GPK brachte es an der Budgetdebatte vom 14. Dezember 2010 auf den Punkt. Am Schluss seines Votums meinte er, dass es natürlich auch die Variante der Steuererhöhung gäbe, die Lösung in Zukunft aber Einsparungen auf der Ausgabenseite sein müsse. Kein Weg führe an einer Sanierung vorbei, und eines müsse man ihm glauben, dies könne nur noch über die Personalkosten geschehen, was ihm auch leid täte. Diese Einschätzung teilen wir von der AL natürlich nicht. Bezüglich Sparen auf dem Buckel der Angestellten und dem damit verbundenen Zusammenstreichen des Service public sind wir ganz anderer Meinung.

Bleiben wir doch gleich beim Thema Steuern, denn genau hier liegt das Problem. Trotz hoher Budgetdisziplin und tieferen Personalkosten haben wir, wie man dem Bericht des Stadtrats entnehmen kann, in der Rechnung 2012 ein geldwirksames Defizit von CHF 6.4 Mio. Wie kam dieses zustande? Es handelt sich hierbei um Ertragsausfälle bei den Steuern von CHF 6.6 Mio. Besonders zu erwähnen ist der Umstand, dass die Einnahmen bei den natürlichen Personen stabil geblieben sind, während es bei den juristischen Personen zu einer besorgniserregenden Erosion kam. Budgetiert waren CHF 18 Mio., eingenommen wurden lediglich CHF 14.6 Mio. Noch beeindruckender ist es aber, wenn man sich die Zahlen von 2007 vor Augen hält, dem vorläufigen Höhepunkt der von juristischen Personen in den letzten Jahren bezahlten Steuern: In diesem Jahr generierten diese nämlich in der Stadt Schaffhausen noch Steuererträge von rund CHF 32 Mio. Lässt da echt die Steuerreform von 2007 respektive 2008 grüssen? Da uns auf Gemeindeebene die Hände gebunden sind, und wir lediglich am Steuerfuss etwas ändern können, fordere ich unseren Regierungsrat dazu auf - in der Hoffnung, dass er mich hört - seine grosszügige Steuerpolitik zugunsten der ausländischen Grosskonzerne, und nicht

nur diese, nochmals zu überdenken, bevor es zu spät ist. Unserem Kanton droht nächstes Jahr ein Minus von CHF 55 Mio. Wie wird es für unsere Stadt aussehen? Werden die Firmen ihre Steuern noch besser optimieren? Und was ist eigentlich mit zwei Drittel der juristischen Unternehmen los, die in Schaffhausen gar keine Steuern zahlen?

Ein Grund meines Insistierens betreffend Steuern findet sich vor allem in unserer Investitionsrechnung. Dort resultiert eine krasse Finanzierungslücke von CHF 24 Mio., und dies bei einem Nettoinvestitionsvolumen von lediglich CHF 35 Mio. Diese CHF 24 Mio. bedeuten eine Neuverschuldung. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von noch 30% haben wir den tiefsten Stand seit 2003 erreicht. Verschiedene Projekte, die unsere Stadt vorwärts bringen sollten, warten auf dringend benötigtes Kapital. Denken Sie an das Agglomerationsprogramm, an dem sich auch die Stadt beteiligt oder an den Masterplan Rheinufer, das Schulhaus Breite und den Kindergarten in Herblingen, aber auch an die Vorlage des Stadtrates über die zukünftige Energie- und Klimaschutzpolitik, die ohne Geld nicht verwirklicht werden kann. Dies sind nur einige der möglichen Investitionen, die dringendst auf uns warten. Obwohl die Kosten für die Ware Geld auf einem historischen Tief sind, wünsche ich mir, dass unsere Stadt sich nicht weiter verschuldet, sondern weiterhin handlungsfähig respektive investitionsfähig bleibt.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mich bei der nächsten Budgetdebatte zusammen mit meinen Mitstreitern vehement für eine bedeutende Steuerfusserhöhung stark machen werde. Dieses flexible Finanzinstrument ist das einzige, das uns zur Verfügung steht, um kurz- bis mittelfristig aus dieser unangenehmen Situation herausfinden zu können. Auch mit einem Steuerfuss von 106% lässt es sich vorübergehend in Schaffhausen sehr gut leben.

Was die Rechnung 2012 anbelangt, wird ihr die AL-Fraktion zustimmen, sich aber allenfalls zu einzelnen Positionen zu Wort melden. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Wir haben es bereits gehört: Das stimmige Resultat auf dem Papier der Jahresrechnung 2012 entspricht leider nicht der Realität. Wie so oft im Leben müssen Zu- und Abstriche eingerechnet werden, damit ein klares Bild ersichtlich wird. Auf die Jahresrechnung der Stadt Schaffhausen übertragen heisst das, dass zwar in unseren Unterlagen mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 400'000.-- ausgeglichen abgeschlossen werden konnte. Unter dem Einfluss von besonderen Effekten sehen aber die Zahlen in der Stadtkasse alles andere als ausgeglichen aus. Einmalige Verschiebungen der drei Liegenschaften an der Mühlen- und an der Rheinstrasse aus dem Verwaltungs- in das Finanzvermögen führten zu Buchgewinnen von rund CHF 8.1 Mio. Dem entgegen wirkten sich ausserordentliche Abschreibungen der städtischen Beteiligung an der KSS-Genossenschaft mit CHF 2.2 Mio. ertragsmindernd aus. Alles in allem liegt ein Aufwandüberschuss von rund CHF 6.4 Mio. vor. Dabei sind Kostensteigerungen hauptsächlich in den Bereichen soziale Wohlfahrt und Gesundheit zu beobachten, wobei sich bei der Gesundheit die Integration der Spitex in die städtische Verwaltung bemerkbar machte.

Des Weiteren möchte ich die schwierig absehbare Steuerentwicklung erwähnen. Unerwartet hohe Ertragsausfälle bei den Steuereinnahmen von rund CHF 6,6 Mio. belasten die Rechnung der Stadt enorm. Die Einnahmen der juristischen Personen

nehmen massiv ab. Auch die Quellensteuern liegen tiefer als erwartet.

Mit diesen rot bis dunkelroten Aussichten, die die Rechnung 2012 skizziert, wird unsere nächste Budgetrunde bestimmt kein Honiglecken. Im Gegenteil, das nächste Budget wird sehr anspruchsvoll werden. Die schon heute ausgesprochene Lösung, die mit einer Steuererhöhung liebäugelt, wäre für unsere Fraktion eine zu einfache Lösung. Wir wehren uns deshalb schon heute dagegen. Die anspruchsvolle Lösung beinhaltet weitere Sparanstrengungen, welche noch höher gewichtet werden müssen.

Nun aber zurück zur Jahresrechnung: Im positiven Sinn möchte ich noch die gute Budgetdisziplin in der Verwaltung für das Rechnungsjahr 2012 erwähnen. Es wurden rund CHF 700'000.-- weniger als budgetiert ausgegeben. An dieser Stelle danke ich dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Die **FDP/JFSH-Fraktion** wird auf die Rechnung 2012 eintreten und dem Antrag des Stadtrats zustimmen. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Die OeBDS/CVP/EVP-Fraktion hat die Rechnung beraten und wird auf die Rechnung 2012 eintreten und ihr in der vorliegenden Form auch zustimmen. Der GPK-Präsident und nachfolgend auch SR Peter Neukomm haben Ihnen die Zahlen in aller Deutlichkeit präsentiert. Auch wenn wir in diesem Jahr über eine ausgeglichene Rechnung befinden werden, wissen wir alle hier drin, dass wir nur durch Sonderfaktoren zu einem solchen Ergebnis gekommen sind. Wir alle werden bei der Budgetplanung in diesem Herbst enorm gefordert sein. Trotzdem erinnert mich nur schon der Gedanke an das nächste Budget sehr an die Wetterverhältnisse in diesem Frühling. Aber nochmals zur Rechnung: Zur Stadtrechnung 2012 wurde bereits vieles gesagt. In unserer Fraktion wurden diverse Themen diskutiert. Zwei davon möchte ich gerne hier erwähnen:

1. Energiekosten:

Uns fällt auf, dass an verschiedenen Stellen in energetisch optimierte Gebäudesanierungen investiert und dafür auch immer viel Geld beansprucht und gesprochen wird. Die erzielten Kosten- beziehungsweise Energieeinsparungen bleiben zu unserer Verwunderung aber aus. Als Beispiel erwähne ich hier das Museum oder das neu erbaute Künzle-Heim mit Minergie Eco Standard. So waren die Energiekosten im Künzle-Heim 2006 vor dem Umbau CHF 215'000.--, nach dem Umbau mit Minergie ECO Standard (der übrigens noch CHF 350'000.-- Mehrkosten generiert hat) CHF 217'000.--. Hier müsste doch ein Return on investment stattfinden. Bei mir im Geschäft haben wir die Energiekosten nur alleine durch die Optimierung mit LED-Leuchten um 15% reduzieren können. Somit refinanzieren wir unsere kostenintensive Investition.

2. Budgetgenauigkeit in verschiedenen Referatsbereichen:

Es gibt Referate beziehungsweise einzelne Betriebsbereiche in der Stadt, wo die klaren Budgetvorgaben nicht eingehalten werden konnten. Ich verstehe den Ärger von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wenn sie feststellen, dass bei der Budgeteinhaltung anscheinend unterschiedliche Massstäbe gelten. Wenn ein Personalbudget um 20% überschritten wird, löst das beim Bürger, aber auch bei den „korrekt“ handelnden städtischen Angestellten Frustration und Ärger aus, auch wenn

die Verantwortlichen nachträglich immer eine Erklärung parat haben. Hier sehen wir, und wie ich gehört habe auch der Stadtrat, für die nächsten Jahre ein klares Verbesserungspotential.

Zum Schluss ist es unserer Fraktion ein grosses Anliegen, allen Beteiligten für die verantwortungsvolle und grosse Arbeit zugunsten der Stadtbevölkerung im Laufe des vergangenen Jahres ganz herzlich zu danken. "

SR Peter Neukomm (SP)**Stellungnahme des Stadtrats**

"Zuerst möchte ich meinen Dank an folgende Personen richten:

- An den GPK-Präsidenten für seinen umfassenden Bericht über die GPK-Beratungen,
- an die GPK-Mitglieder für die verantwortungsvolle Prüfung des Abschlusses und die konstruktiven Beratungen,
- an die Ratssekretärin Gaby Behring für die gewohnt schnelle und professionelle Protokollierung,
- an die Zentralverwaltung für die zeitgerechte und verlässliche Erstellung des Abschlusses,
- an die Mitarbeitenden der Verwaltung, Heime, Betriebe und Werke für ihre hohe Ausgabendisziplin und Budgetgenauigkeit und
- an alle, ob natürliche oder juristische Personen, die es mit ihrer guten Zahlungsmoral bei der Begleichung von Steuern und Gebühren erst ermöglichen, dass wir unseren Einwohnern und unserer Wirtschaft einen qualitativ hochstehenden Service public mit gutem Preis-/Leistungsverhältnis bieten können.

Der Titel, der über diese Rechnung gestellt werden könnte, lautet "Auf dem Papier besser als in der Realität": Alle Sprechenden der Fraktionen haben dies bereits erwähnt. Der Jahresabschluss wird hauptsächlich am Ergebnis auf dem Papier gemessen. Angesichts der schwierigen Ausgangslage erscheint dieses mit einem Ertragsüberschuss von CHF 0.4 Mio. unerwartet positiv. Das buchhalterische Ergebnis bildet aber nur einen Teil der Realitäten ab. Wenn ein Ergebnis von effektiv CHF 5 oder auch 6 Mio. Defizit als katastrophal bezeichnet wird, was etwa 2% der Gesamteinnahmen entspricht, dann würde es mich interessieren, mit welchem Adjektiv das Ergebnis des Kantons zu versehen wäre. Aber vielleicht hält Daniel Preisig noch einen Begriff bereit, den er uns noch mitteilen wird.

Bei der Jahresrechnung 2012 handelt sich um einen Rückblick auf ein Jahr, für das sich die Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen Ende 2012 bereits angekündigt hatten. Diejenigen unter Ihnen, die schon in der letzten Legislatur dabei waren, erinnern sich sicher noch an die Diskussionen in der Budgetdebatte vom 11. Dezember 2012, als sich der Einbruch bei den Steuern der juristischen Personen abzuzeichnen begann. Die Verschlechterungen sind leider wesentlich stärker ausgefallen als befürchtet. Ohne die Buchgewinne aus den Verschiebungen von Liegenschaften aus dem Verwaltungs- ins Finanzvermögen wäre das Defizit von CHF 1.5 Mio. rund viermal höher ausgefallen als budgetiert. Von den Buchgewinnen waren eigentlich nur CHF 8.1 Mio. und nicht CHF 9 Mio. - wie in der Botschaft auf Seite 2 ausgewiesen - ausserordentlich, was Grossstadtrat Hermann Schlatter in der GPK zu Recht eingewandt hat, weil auch schon Buchgewinne budgetiert waren. Sie können dies entsprechend korrigieren, gewisse Buchgewinne wurden ja auch

budgetiert.

Wer die Jahresrechnung genauer anschaut, stellt fest, dass die Abweichungen zum Budget über weite Strecken nur sehr marginal ausfallen. Ohne den Einbruch bei den Steuereinnahmen hätte es ziemlich genau eine Punktlandung gegeben. Das spricht für eine hohe Budgetgenauigkeit und eine sehr gute Budgetdisziplin aller Bereiche und Abteilungen, wofür ich an dieser Stelle meinen Stadtratskollegen und allen Mitarbeitenden ganz herzlich danke. Wo hier das Wort "katastrophal" passt, weiss ich wirklich nicht.

Die Stadt hat ihre Finanzen im Griff und die Vorgaben des Stadtrats werden umgesetzt. Das zeigt sich auch an den 2012 weiter reduzierten Rückstellungen und den bescheidenen Nachtragskrediten der Laufenden Rechnung über CHF 0.8 Mio., also von nur gerade 0.4% der Gesamteinnahmen. Weiterhin positiv ausgewirkt haben sich die umgesetzten Massnahmen der systematisierten Leistungsanalyse SLA, deren aktueller Stand erstmals in die Rechnung aufgenommen wurde.

Was uns beim Rückblick 2012 und im Hinblick auf die Zukunft Sorgen macht, sind:

- der erste Schritt eines dramatischen Rückgangs der Steuereinnahmen der Unternehmen,
- ein markanter Anstieg der Krankenkassen-Prämienverbilligung noch unter altem Regime,
- eine viel zu tiefe Investitionsfähigkeit, die sich in einem Finanzierungsfehlbetrag von CHF 24 Mio. ausdrückt und damit zu einer höheren Fremdfinanzierung führt.

Ertrag von rund CHF 228.2 Mio.: Hier erlaube ich mir, etwas zu den Steuereinnahmen zu sagen, weil sich bei diesen die betragsmässig grössten Abweichungen zum Budget ergaben. Der Anteil der Steuern über CHF 110.8 Mio. an den Gesamteinnahmen sank von 50 auf 49%. Zur Erinnerung: 2010 schlugen die Steuern noch mit 54% zu Buche. Der Steuerertrag liegt CHF 6.6 Mio. unter dem Voranschlag respektive CHF 1.3 Mio. unter der Rechnung 2011.

Wie richtig erwähnt wurde, sind die Einnahmen von den natürlichen Personen mit CHF 79.26 Mio. einigermassen konstant geblieben, was vor allem mit dem Zuzug neuer Steuerzahlenden zusammenhängt, und nicht mit dem Zuzug von Sozialhilfestellenden. Wäre es so, wie Daniel Preisig den Anschein erwecken möchte, wären diese Zahlen in den letzten Jahren nicht stabil geblieben. Wir haben massive Steuerentlastungen bei den natürlichen Personen gemacht, und zwar über Steuergesetzrevisionen und Steuerfussenkungen. Wären vor allem Sozialhilfeempfänger gekommen, würde die Kurve ganz anders aussehen - dies kann ich Daniel Preisig an dieser Stelle versichern. Es war ja wohl auch mehr Rhetorik als tatsächlich zur Sache gesprochen.

Grosse Sorgen bereiten uns die Einnahmen von den juristischen Personen. Sie blieben massiv unter den Erwartungen. Mit CHF 15.9 Mio. gingen 2012 CHF 4.1 Mio. weniger ein als budgetiert. Auch wenn hier noch einige Nachwehen der Finanz- und Wirtschaftskrise spürbar waren, stehen hinter diesen rückläufigen Tendenzen bei den Unternehmenssteuern Firmenabgänge und vor allem Steueroptimierungen. Im Vergleich zum Vorjahr resultiert eine Abnahme um CHF 1.2 Mio.

Ernüchterung auch die Entwicklung der Quellensteuern: Zum ersten Mal seit

längerem gab es keine Steigerung mehr. Die CHF 8.5 Mio. liegen CHF 1 Mio. unter dem Vorjahr und CHF 1.5 Mio. unter dem budgetierten Betrag.

Der grosse Einbruch bei den Steuereingängen der juristischen Personen, der aufgrund der Halbierung der Unternehmenssteuern 2008 erfolgt ist, konnte trotz Erfolgen der Wirtschaftsförderung mit Neuansiedlungen nie mehr wettgemacht werden. Wir stehen jetzt ziemlich genau wieder bei gut der Hälfte von dem, das wir vor der Halbierung der Unternehmenssteuer im Jahr 2007 eingenommen haben. Die Tiefsteuerstrategie bei den juristischen Personen ist offenbar an ihre Grenzen gestossen. Das, was versprochen wurde, ist nicht eingetreten, weil man davon ausging, dass eine Senkung der Unternehmenssteuern zu einer Erhöhung des Steuerertrags führt, was allerdings nicht stattfand. Hinzu kommt, dass die Schweiz bezüglich privilegierter Besteuerung der Verwaltungsgesellschaften unter grossem internationalem Druck steht, und diese bei uns unterdessen bereits einen Drittel des Steuersubstrats der juristischen Personen ausmachen. Das ist ein gefährliches Klumpenrisiko. Mit der bisher angedachten Unternehmenssteuerreform III würden aber Kantone und Gemeinden nochmals riesige Ausfälle bei den Unternehmenssteuern beschert, wobei die Ausfälle der Kantone vom Bund zu einem wesentlichen Teil kompensiert werden sollen. Einmal mehr droht den Städten das Nachsehen. Es drängt sich hier auf, Alternativen zu entwickeln. Es kann nicht sein, dass die grossen Gemeinden und Städte unter den Senkungen der Unternehmenssteuer leiden und am Schluss die Suppe auslöffeln müssen. Sonst ist deutlich absehbar, dass diese Ausfälle vor allem durch Steuererhöhungen für den Mittelstand kompensiert werden müssen. Dies wäre meiner Meinung nach nicht richtig.

Aufwand von CHF 227.8 Mio.: Der Aufwand bleibt CHF 0.7 Mio. unter Budget, was sehr erfreulich ist und davon zeugt, dass die städtische Verwaltung haushälterisch mit den öffentlichen Geldern umgeht.

Als Dienstleistungsunternehmen stellt natürlich der Personalaufwand mit CHF 101.9 Mio. 45% den grössten Brocken dar. Die Anstrengungen des Stadtrats haben erneut gefruchtet: Die Ausgaben im Personalbereich blieben CHF 3 Mio. unter Budget. Die Lohnentwicklung lag 2012 bei 0.8 %. Im Vergleich zur Rechnung 2011 stieg der Personalaufwand zwar um CHF 5.3 Mio. Diese Erhöhung hat aber hauptsächlich mit der Integration der Spitex-Organisationen in die Stadtverwaltung zu tun.

Bei den CHF 34.4 Mio. (2011: CHF 32.3 Mio.) Sachaufwand ist im Vergleich zum Budget praktisch eine Punktlandung festzustellen. Die Abweichung beträgt nur gerade CHF 0.35 Mio. Die Bereiche und Abteilungen haben auch hier eine hohe Ausgabendisziplin an den Tag gelegt.

Die Abschreibungen fielen mit CHF 14.4 Mio. gut CHF 1.7 Mio. höher aus als budgetiert. Darin enthalten sind die ausserordentlichen Abschreibungen für das KSS-Anteilscheinkapital über CHF. 2.2 Mio. Die Abschreibungen sind immer noch beträchtlich, weil darin die hohen Investitionen des Jahres 2010 (KSS-Eishalle, Künzle-Heim, Museum) enthalten sind.

Der Aufwand für die Passivzinsen über CHF 4.7 Mio. blieb dank aktivem Liquiditätsmanagement und tiefen Marktzinsen erfreulicherweise rund CHF 300'000.-- unter dem Voranschlag. Ausserdem konnte der Zinsaufwand wie in den Vorjahren durch die Kapitalerträge gedeckt werden.

Mehr Bauchweh als die Laufende Rechnung bereitet mir die Investitionsrechnung. Obwohl wir eigentlich viel zu wenig in unsere Infrastruktur investiert haben, verbleibt ein Ausgabenüberschuss über CHF 31.5 Mio. Hauptursache dafür bilden Darlehen an die KBA Hard über CHF 10 Mio., an die Städtischen Werke von CHF 6 Mio. und an die Schaffhauser Verkehrsbetriebe VBSH über CHF 2 Mio. Diese Ausgaben waren nicht budgetiert, weil dies offenbar früher nie so gemacht worden ist. Weil sie aber wesentlichen Einfluss auf unsere Fremdfinanzierung haben, werden sie künftig nicht nur budgetiert, sondern auch in den Finanzplan aufgenommen. Wie Sie aus der Vorlage zur Initiative Schuldenbremse ersehen können, die Sie heute auf Ihren Pulten vorfinden, sollen diese Vorfinanzierungen für unsere Werke, die VBSH und für die anderen Gemeinden insbesondere des Kläranlageverbandes bei der Berechnung der Nettoverschuldung nicht mehr eingerechnet werden.

Zu den Finanzkennzahlen: Wegen des hohen Investitionssaldos ergibt sich ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 24.4 Mio. und ein Selbstfinanzierungsgrad von nur noch knapp 30%; das heisst, wir konnten unsere Nettoinvestitionen nur zu einem Drittel aus eigenen Mitteln decken. Aufgrund des Finanzierungsfehlbetrages steigt natürlich auch der Fremdfinanzierungsbedarf: Die ungedeckte Schuld erhöht sich von CHF 69.5 auf CHF 72.8 Mio.

Auch wenn der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt viel zu bescheiden ist, gibt es gute Gründe zuversichtlich zu sein. Hinsichtlich unserer erfolgsversprechenden Entwicklungsstrategie sind wir weiterhin auf Kurs, unabhängig vom Nein des Stimmvolks zum Hohberg-Verkauf vom 9. Juni 2013. Unsere Stadt hat zu einer positiven Entwicklung zurückgefunden. Die Konjunktur 2012 war überraschend gut, die Arbeitslosigkeit tief und die Bautätigkeit hoch. Der langersehnte Halbstundentakt auf der Schiene nach Zürich wurde im Rechnungsjahr Wirklichkeit. Die Stadt Schaffhausen ist als Wohnort offenbar wieder attraktiv. Dies kommt in einer ansteigenden Bevölkerungszahl zum Ausdruck. Besonders erfreulich war, dass wir seit längerem wieder einmal einen Geburtenüberschuss und einen positiven interkantonalen Einwohnerwanderungssaldo gegenüber dem Rest der Schweiz verzeichnen können. Bis jetzt war unsere Bevölkerungszunahme vor allem durch ausländische Zuziehende bedingt, jetzt kommen aber vermehrt Zuzüger aus der übrigen Schweiz, und dies ist für mich ein gutes Zeichen.

Ohne diese hoffnungsvolle Entwicklung - die wir sorgfältig begleiten müssen - werden vor allem unser hochstehender Service public und unsere Infrastruktur längerfristig nicht zu finanzieren sein. In die Infrastruktur müssen wir weiterhin investieren, weil wir sonst die Standortattraktivität unseres Gemeinwesens nicht aufrecht erhalten können. Genau diese Investitionsfähigkeit würden wir mit der Initiative für eine Schuldenbremse vollständig verlieren. Deshalb unterbreiten wir Ihnen einen konstruktiven Gegenvorschlag, eine vernünftige Alternative, die einen Rückzug der Initiative oder deren Ablehnung durch das Stimmvolk ermöglichen soll. Klar ist, dass mit dem Finanzplan 2014-2016 aufgezeigt werden muss, wie bei den Investitionen die grosse Herausforderung gemeistert werden kann. Damit unsere Finanzen auch weiterhin im Lot bleiben, werden wir nicht um klare Priorisierungen herumkommen. Dass wir auch in der Laufenden Rechnung gefordert sind, ist selbstverständlich. Wir sind zurzeit bereits mitten in der Budgetphase 2014 und haben dies durch anspruchsvolle Vorgaben für die Verwaltung umgesetzt.

Fazit und Ausblick:

Positiv zu werten ist die Tatsache, dass die Stadt die beeinflussbaren Kosten im Griff hat: Dies wird durch die hohe Budgetdisziplin, die tiefen Nachtragskredite und den

stagnierenden bis sinkenden Personal- und Sachaufwand belegt. Die stark rückläufigen Steuereinnahmen der Unternehmen haben uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Leider haben zufällig zusammentreffende Darlehensaufnahmen für Werke und Betriebe sowie den Kläranlageverband die Investitionsrechnung stark belastet, was einen spürbaren Finanzierungsfehlbetrag zur Folge hatte.

Der Abschluss 2012 ist ein Vorbote für eine finanziell noch anspruchsvoller werdende Periode, das heisst, bis wir die Erfolge unserer Entwicklungsstrategie in Form eines merklich erhöhten Steuersubstrats ernten können. Die ersten Ergebnisse bestärken uns. Diese Strategie soll uns wieder investitionsfähiger machen und dazu führen, dass wir auch unsere Verschuldung reduzieren können.

Weil die Luft bei den Finanzen vorübergehend noch dünner werden wird, werden wir je nach Budget kaum darum herum kommen, uns für eine gewisse Zeit mittels Devestitionen und Steuererhöhungen auf Kurs zu halten. Die Alternativen dazu – eine hohe Verschuldung oder ein Kahlschlag beim Service public – laufen unseren Zielsetzungen, unsere Stadt als Wohn- und Wirtschaftsstandort weiter attraktiv zu halten, diametral entgegen.

Ich komme zum Schluss: Sie haben gehört, dass die Finanzkontrolle dem GPK-Präsidenten mit Zwischenbericht vom 6. Juni 2013 mitgeteilt hat, dass es aus Sicht der Revision und den bisherigen, noch nicht abgeschlossenen Prüfungen keine Einwände gegen die Abnahme der Jahresrechnung 2012 der Stadt durch den Grossen Stadtrat gibt.

Der Stadtrat beantragt Ihnen, auf die Rechnung 2012 einzutreten und den Anträgen der GPK zuzustimmen. “

Thomas Hauser (FDP)

Votum

”Wie schon im Kantonsrat bei der Diskussion der Steuergesetzrevision, wird auch heute Abend in diesem Rat die Steuerpolitik der Bürgerlichen als ein Stück des Teufels dargestellt. Wenn bei den juristischen Personen die Einnahmen eingebrochen sind, ist dies primär auf die problembeladene globale Wirtschafts- und Finanzlage zurückzuführen, jedoch nicht auf die Steuergesetzrevision.

Ich möchte Ihnen zu bedenken geben, was wäre, wenn diese Steuergesetzrevision nicht gekommen wäre, das heisst, wenn es der Wirtschaftsförderung nicht gelungen wäre, Firmen nach Schaffhausen zu locken oder Firmen allenfalls Schaffhausen verlassen hätten. Wie sähen dann die Einnahmen der juristischen Personen ohne Steuergesetzrevision aus? Das ist kein Stück des Teufels, sondern ein Segen. “

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

”Ich möchte in die gleiche Kerbe wie mein Vorredner hauen. Ich verstehe nicht ganz, warum der Finanzreferent die linke Politik derart in der Steuerpolitik unterstützt. Es wird nie erwähnt, welche Firmen nicht da wären, hätte die Steuergesetzrevision nicht stattgefunden. Dies ist publik, die kantonale Finanzdirektorin hat es an der Finanzreferententagung - einer öffentlichen Veranstaltung - erwähnt: 96 Firmen zahlen 80% des Steueraufkommens des Kantons; ich weiss allerdings nicht, wie viele dies in der Stadt sind. Bei diesen Firmen handelt es sich grösstenteils um neu angesiedelte Firmen. Wahrscheinlich hat niemand überlesen, dass wir grosse Probleme in der Umsetzung der EU-Forderungen haben. Die EU fokussiert sich

zurzeit auf die Schweiz. Es wurde von diversen Institutionen in der Schweiz nachgewiesen, dass in ganz Europa zwar das Gleiche wie in der Schweiz gemacht wird, so beispielsweise in Holland, England und den Benelux-Staaten. Aber nur die Schweiz steht aktuell im Visier, weil es uns im Gegensatz zum gesamten EU-Raum noch gut geht; man will sich vom Schweizer Kuchen etwas abschneiden.

Als 2008 die vom Finanzreferenten erwähnte Steuergesetzrevision aufgegleist wurde, hat die Wirtschaftsförderung mit viel Akribie von den Firmen Businesspläne verlangt und die Thematik studiert. Niemand konnte voraussehen, dass Ende 2008 die grosse Finanzkrise hereinbrach und schlussendlich auch der Euro zusammenfiel. Gerne möchte ich vom Finanzreferenten hören, wie es aussehen würde, wenn die grossen Player hinter dem Bahnhof nicht zu den Steuerzahlenden gehörten. Wären dann die Steuereinnahmen wirklich so hoch, wie immer prophezeit wird? Wir müssen einfach wissen, dass wir in Konkurrenz zu anderen Ländern stehen, beispielsweise Irland, zwar hochverschuldet, aber mit einer Steuerbelastung von 11%. Wir haben heute eine Finanzindustrie, und diese verdient damit Geld, dass sie Firmen berät, wie man Steuern optimieren kann. Dolce & Gabbana haben beispielsweise ihre Lizenzen nach Luxemburg verlagert, weil dort die Steuerbelastung tiefer ist; ein grosses Unternehmen der Telekommunikationsbranche hat seine Lizenzen nach Irland verschoben. Solche Verschiebungen laufen von heute auf morgen, das Personal bleibt allenfalls noch am alten Standort. Aber wir leben nun einmal in diesem Konkurrenzkampf. Wenn Sie meinen, man könnte einfach die Steuern der juristischen Personen anheben und damit sei garantiert, dass Sie am Ende des Tages Mehreinnahmen haben, so ist dies nicht unbedingt der Fall. Es könnte durchaus passieren, dass grosse Player, die ein gewisses Klumpenrisiko darstellen, wie von SR Peter Neukomm richtig erwähnt, aus Schaffhausen wegziehen und Mindereinnahmen entstehen. Es wäre übrigens schon heute eine bestimmte differenzierte Belastung zwischen natürlichen und juristischen Personen gemäss Gesetz erlaubt.

Erwähnen möchte ich, dass bei Steuergesetzrevisionen immer auch etwas für die Forderungen der linken Seite (und der CVP) gemacht wird: Beispielsweise 2008 wurden die Kinderabzüge massiv erhöht; 2009 wurden Tarifsenkungen vorgenommen, von denen alle profitiert habe; 2010 wurde die kalte Progression ausgeglichen, der Sockelbeitrag für die linke Seite wurde erhöht. Diese Massnahmen zugunsten der natürlichen Personen gehen geflissentlich unter, darüber spricht man nicht, nur über die juristischen Personen. Es ist mir ein Anliegen, dies an dieser Stelle einmal richtzustellen. "

SR Peter Neukomm (SP)

Stellungnahme

"Hermann Schlatter hat mir offenbar nicht richtig zugehört oder er hat mich zu wenig verstanden, weil ich mich nicht deutlich genug ausdrückte. Da wir jetzt Internet haben, können Sie das, was ich gesagt habe, bereits herunterladen und durchlesen. Sie werden daraus ersehen, dass es eben nicht so ist, wie Hermann Schlatter ausführt.

Ich habe klipp und klar gesagt, die damaligen Erwartungen an die Unternehmenssteuergesetzrevision hätten sich nicht erfüllt. Ich habe nie gesagt, wir hätten nicht auch profitieren können; dies haben wir insbesondere durch den Zuzug von natürlichen Personen, aber auch von internationalen Firmen, die privilegiert besteuert wurden oder noch werden. Ebenfalls habe ich nie die Wirtschaftsförderung angegriffen, die einen sehr guten Job macht. Die Frage, die sich jetzt stellt, bezieht

sich auf die Zukunft. Sollten die Unternehmenssteuern nochmals massiv reduziert werden, sehe ich für uns als öffentliches Gemeinwesen ein enormes Problem. Sehen Sie dies aber nicht so, dann verschliessen Sie einfach die Augen davor. Dies waren meine Worte, und darauf wollte ich hinweisen, und zwar ohne Qualifikationen gemacht zu haben. “

Leonardo Pivetta (AL)**Votum**

”Niemand hat etwas gegen Grosskonzerne. Ich frage mich trotzdem, warum wir nicht auch etwas von diesen Grosskonzernen verlangen dürfen, zumal sie von unserer Infrastruktur, unserem Schulwesen und unseren Fachkräften profitieren. Was ist so schlimm daran, 2 oder 3% mehr Steuern zu erheben? Sie profitieren von uns, wir von ihnen. Ich erwähne in diesem Zusammenhang die Firma Suntech. Wie lange haben wir von dieser Firma profitiert? Jetzt ist sie pleite. Ich ziehe es vor, Firmen zu unterstützen, die seit Jahren hier ansässig sind, investieren und auch Arbeitsplätze schaffen anstatt uns vom Wettkampf der internationalen Firmen erpressen zu lassen. Es ist mir auch klar, dass wir uns nicht gegen internationale Konzerne wehren können, die von einer Minute zur andern ihren Standort wechseln. Wir sollten aber deshalb kleinere und mittlere Unternehmen steuerlich - aber auch sonst - unterstützen. “

Mariano Fioretti (SVP)**Votum**

”Ich bin erstaunt, wenn gewisse Leute glauben, mit einer Steuererhöhung bringe man die Rechnung wieder ins Lot. Ich möchte dazu gerne ein kleines Beispiel aus dem Familienalltag bringen: Wenn ein Kind mit seinem Sackgeld nicht umgehen kann, was machen wir als Eltern? Wir verdoppeln das Sackgeld nicht, weil dies der falsche Weg wäre, und das Kind in zwei Wochen wahrscheinlich erneut kein Geld mehr hätte.

Jetzt zur Stadt: Wenn wir dem Stadtrat und der Stadt mehr Geld geben, weil sie es brauchen, kommen sie in Kürze wieder, weil die Finanzen erneut nicht reichen. Solange nicht sorgfältig mit den Finanzen gehaushaltet wird, dürfen wir auch nicht mehr Geld sprechen. Das heisst, die Ausgaben müssen reduziert werden, Steuererhöhungen sind kein Thema. “

Peter Möller (SP)**Votum**

”Ich spreche nicht als GPK-Präsident, sondern als Ratsmitglied und gebe damit auch nicht die Meinung der GPK bekannt. Das Votum von Mariano Fioretti hat mich gereizt. Vor einigen Jahren hat Till Hardmeier - sofern ich mich gut erinnere - ein ähnliches Votum gehalten und auch das Beispiel mit dem Sackgeld ins Feld geführt. Dies ist einfach verfehlt. Wenn das Kind objektiv gesehen nicht mit dem Geld umgehen kann, weil das Busbillet teurer wurde, wird ein vernünftiger Vater oder werden vernünftige Eltern ihrem Kind mehr Geld zur Verfügung stellen, und dies ist einfach so. “

Leonardo Pivetta (AL)**Votum**

”Ich bedaure es sehr, dass Sie ein Kind mit dem Staat vergleichen - bitte hören Sie doch damit einfach auf. Das Sackgeld eines Kindes mit den Investitionen einer Stadt in Verbindung zu setzen, ist nicht seriös. “

DETAILBERATUNG

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, **Eintreten** ist somit beschlossen.

Der **1. Vizepräsident, Georg Merz (OeBS)**, verliest das gebundene Buch der Jahresrechnung 2012 der Stadt Schaffhausen wie folgt:

III. Laufende Rechnung

Seite 40, 3110.301.000 Besoldungen

Walter Hotz (SVP):

3110.301.000 Besoldungen

"An dieser Stelle muss ich einmal ein Lob aussprechen. Wenn Sie den Kommentar lesen: *Der Mitarbeiter, der diese Veranlagung in der Stadt vorgenommen hat, ist seit dem 01.01.2012 pensioniert. Diese Stelle wurde nicht ersetzt.* Und genau so muss es sein. Wenn Sie die Besoldungen bei der Steuerverwaltung anschauen - und gerade bei der Personalpolitik dürfen Sie nicht nur auf ein Jahr zurückblicken, sondern auf eine Legislatur - können Sie feststellen, dass es der Bereichsleiter Steuern geschafft hat, innerhalb von vier Jahren CHF 347'891.-- einzusparen. Dies sollte für das gesamte Kader und den Stadtrat ein Vorbild sein. "

Hermann Schlatter (SVP):

"Nachdem der Finanzreferent nichts zu diesem Votum sagt, möchte ich darauf hinweisen, dass Walter Hotz auch den ersten Teil des zitierten Kommentars lesen sollte: *Die Grundstückgewinnsteuern werden seit dem 01.01.2012 durch die kantonale Steuerverwaltung veranlagt.* Dies haben wir in der SLA beschlossen, die Veranlagung wurde vom Kanton gratis und franko übernommen. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. "

SR Peter Neukomm:

"Ich danke Walter Hotz für das Kompliment. Würde er noch weitere Positionen überprüfen, wie beispielsweise die Zentralverwaltung oder den Personaldienst, liesse sich genau das gleiche in verschiedenen anderen Bereichen feststellen. Wenn dem nicht so wäre, wäre der Personalaufwand in den letzten drei Jahren gar nicht rückläufig. "

Seite 98, 5300.366.111 Unterstützung für pflegende Angehörige

Iren Eichenberger (OeBS):

"Zumindest habe ich eine spannende Stelle in diesem langweiligen Buch gefunden. Ich hätte gerne im Internrt das Reglement betreffend Unterstützung für pflegende Angehörige, das wir in diesem Rat mühsam zusammengebastelt haben, nochmals konsultiert. Ich wurde leider nicht fündig, meine Suche war für die Fühse. Allerdings habe ich eine Broschüre "Fühse im Quartier", ein Mustertestament sowie die Trautermine am Samstag und die Anmeldung für die/den/das Lük11, wofür ich wahrscheinlich zu spät bin, gefunden. Deshalb habe ich meine Suche abgebrochen, fände es aber sehr schön, wenn dieses Reglement irgendwo erscheinen würde; aber vielleicht habe ich es einfach nicht gefunden.

Meine Frage betrifft Folgendes: Unter der erwähnten Position sind CHF 49'975.-- Ausgaben verbucht, und damit fast exakt das Maximum der gemäss Reglement jährlich zulässigen Summe. Die Frage drängt sich daher auf, ob der Betrag effektiv alle Gesuche, die leistungsberechtigt sind, abdecken konnte oder ob dies nicht der Fall war. Ich möchte konkret wissen, wie viele Anfragen eingegangen sind, wie viele

berücksichtigt werden konnten und ob allenfalls Anfragen aufgrund erschöpfter finanzieller Mittel abgelehnt werden mussten. Ich wäre dankbar für eine Auskunft. “

SR Urs Hunziker:

”Die Zahlen kann ich aus dem Stand nicht nennen. Diese Frage hätte in der GPK gestellt werden sollen. Es ist tatsächlich so, dass das im Rat beschlossene Kostendach im letzten Jahr vollkommen ausgeschöpft worden. Der Rat hat seinerzeit in der Ratssitzung bestimmt, dass - sofern das Kostendach erreicht werde - anlässlich der nächsten Budgetdebatte darüber beraten werden müsse, ob dieses allenfalls anzupassen sei. Beim nächsten Budget werden wir dies berücksichtigen müssen und auch die entsprechenden Zahlen liefern können. “

SR Peter Neukomm:

”In der Erlasssammlung der Stadt ist unter der Bezeichnung RSS 810.1 das von Iren Eichenberger gewünschte Reglement abrufbar. “

Iren Eichenberger (OeBS):

”Ich danke SR Urs Hunziker für seine spontane und stichhaltige Antwort. Ich hoffe jetzt schon auf Unterstützung.

Eigentlich habe ich meine Frage an SR Simon Stocker, den heute zuständigen Referenten, gestellt, da er sich damit befassen muss. Es wäre interessant, seine Ausführungen zum Thema zu hören. “

SR Simon Stocker:

”Urs Hunziker hat über die Vergangenheit berichtet, ich über die Zukunft. Ich gebe gerne Auskunft betreffend Gesuche, die nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Es sind 7 betroffene Personen, deren Gesuche im Dezember nicht mehr berücksichtigt werden konnten, der Betrag beläuft sich auf CHF 5'400.--. Es ist korrekt, dass der Grosse Stadtrat in seinem Beschluss im Jahr 2011 festgelegt hat, dass sich der Stadtrat verpflichtet, das Kostendach zu erhöhen und dafür eine Vorlage vorzulegen. Es ist gut, dass das Thema der Freiwilligenarbeit in der Pflege sowie in der Pflege von Angehörigen in der zukünftigen Alterspolitik der Stadt eine noch wichtigere Rolle einnimmt. Aus diesem Zweck nimmt die Stadt an einer Studie zum Thema pflegende Angehörige vom Institut der Pflegewissenschaften in St. Gallen teil; diese Studie hat zum Ziel, bestehende Instrumente zu analysieren, weitere Massnahmen zu prüfen und zu implementieren, damit betagte Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können und ein Heimeintritt so lange wie möglich verzögert oder sogar verhindert werden kann. Die Studie beginnt im Herbst. Ich habe die Vermutung, dass das Gemurmel in den hinteren Reihen daher kommt, dass schon wieder Kosten vermutet werden. Dies ist aber nicht der Fall; es werden Betreuungskosten im Umfang von ungefähr CHF 1'000.-- für die die Studie begleitenden Studentinnen und Studenten anfallen. Somit können Sie sich Ihre Sorgen also ersparen. Sehr gerne würde ich diese Studie und den finanziellen Beitrag, den wir leisten, in einem Gesamtzusammenhang sehen, und als eine unter möglichen Massnahmen.

Ich schlage vor, dass ich der Fachkommission Soziales zu gegebener Zeit über Umfang und Inhalt der Studie Bericht erstatte, um zu diskutieren, ob und in welchem Umfang eine Vorlage ausformuliert werden soll. Ende Jahr haben wir auch genügend Zahlenmaterial über die Gesuche, die 2013 eingereicht wurden. Wenn sich aber die steigende Tendenz fortsetzt, müssen wir über eine neue Vorlage beraten. Handelt es sich jedoch um eine einmalige Überschreitung, ist eine Vorlage vielleicht gar nicht

nötig. Daher würde ich das Thema gerne in der zuständigen Fachkommission besprechen und anschliessend entscheiden, ob im Budget eine Erhöhung vorgenommen werden muss. “

IV. Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen.

V. Verpflichtungskreditkontrolle

Keine Wortmeldungen.

VI. Spezialfinanzierungen

Keine Wortmeldungen.

VII. Städtische Fonds

Keine Wortmeldungen.

VIII. Spezialverwaltungen

Keine Wortmeldungen.

IX. KSD, Kanton und Stadt Schaffhausen

Keine Wortmeldungen.

X. Stiftung Impuls

Keine Wortmeldungen.

XI. Betriebe

Keine Wortmeldungen.

Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung, Sachgruppenstatistik

Keine Wortmeldungen.

Bericht des Stadtrats vom 23. April 2013 an den Grossen Stadtrat zur Rechnung 2012:

Der **1. Vizepräsident, Georg Merz (OeBS)**, verliest den Bericht Seite I-XLVII sowie den Antrag auf Seite XLVIII wie folgt:

ANTRAG

Die vorliegende Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird gemäss Art. 27 Abs. 1 lit. h der Stadtverfassung genehmigt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Jahresrechnung 2012 der Einwohnergemeinde Schaffhausen in seiner Schlussabstimmung mit 34:0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNG DES RATSPRÄSIDENTEN

Die SPK zur Vorberatung der VdSR vom 25. Juni 2013: Botschaft zur Initiative "Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen" der FDP/JFSH der Stadt Schaffhausen, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Stadtrats, setzt sich wie folgt zusammen:

FDP/JFSH: Martin Egger, Diego Faccani, Till Hardmeier (einladende Fraktion)

SVP/EDU: Dr. Cornelia Stamm Hurter, Walter Hotz, Hermann Schlatter

SP/Juso: Christa Flückiger, Patrik Simmler

OeBS/CVP/EVP: Theresia Derksen, Rainer Schmidig

AL: Leonardo Pivetta

Zurzeit besteht noch kein passender Termin für die erste Sitzung, eine entsprechende Doodle-Umfrage wird folgen.

Die **nächste Ratssitzung** findet am Dienstag, 20. August 2013, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:01 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring

Schaffhausen, 9. Juli 2013 gbeh